# Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Saueriche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 151 — Sonnabend, den 22. Dezember 1928 — 41. Jahrgang


## Einigung über die Sachverständigen.

**Die technische Vorbereitung abgeschlossen. — Statt einer Note Mitteilungen an die Presse. — Die Einladung Amerikas.**

**Berlin**, 20. Dezember.

**Wie nun auch hier in unterrichteten Kreisen verlautet, scheint der Meinungsaustausch über die technische Vorbereitung der Sachverständigenkonferenz nunmehr endgültig abgeschlossen zu sein. Die Meldung des „Matin", daß die beteiligten Regierungen auf eine Antwort an Deutschland verzichten würden und daß man sich damit begnügen würde, in einigen Tagen der Presse eine Schilderung des Sachverhalts zu geben, dürfte im allgemeinen richtig sein.**

Die Aufforderung an die Vereinigten Staaten soll, wie weiter verlautet, sich wahrscheinlich in der Weise vollziehen, daß der englische Botschafter in Washington als Doyen der diplomatischen Vertreter der sechs beteiligten Mächte, nicht als Vertreter Englands, Schritte für die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen tun wird.

Ueber die nach siebentägigem Hin und Her zustande gekommene Einigung verlautet aus informierten Kreisen: Die Sachverständigen werden **unabhängig und gleichberechtigt** sein. Jede beteiligte Regierung ernennt zwei Sachverständige. Während es den übrigen Regierungen überlassen bleibt, ob sie ihre Sachverständigen durch die **Reparationskommission** ernennen lassen, nimmt die Reichsregierung die Ernennung selbst vor. Der Reparationskommission wird auf jeden Fall schriftlich von den Ernennungen Mitteilung gemacht. Deutschland und die übrigen Staaten werden gemeinsam **Amerika** um Entsendung von zwei Sachverständigen ersuchen. Bestimmte Weisungen dürfen den Sachverständigen nicht von ihren Regierungen mitgegeben werden. Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung von Vorschlägen für die endgültige Regelung des Reparationsproblems, wobei die **Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit** als Selbstverständlichkeit hingestellt wird. Die Einladung der Konferenz nehmen die beteiligten Regierungen gemeinsam vor, jedoch bleiben Ort und Zeit der Tagung der Entscheidung der Sachverständigen selbst überlassen.

## Die Einladung an Amerika.

**Veröffentlichung des Reparations-Communiqués verschoben.**

**Berlin**, 21. Dezember.

**Wie verlautet, wird im Laufe des heutigen Tages der Doyen des diplomatischen Korps in Washington, der englische Botschafter, im Namen der Reichsregierung und der fünf Reparationsmächte der amerikanischen Regierung die Einladung zur Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz für die Reparationsfrage überreichen.**

Nach Meldungen aus Washington ist die dortige Regierung schon auf die Einladung vorbereitet, so daß die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen in Kürze erfolgen wird. Wie und mit welchen Befugnissen die Vereinigten Staaten aber in der Sachverständigenkonferenz mitarbeiten werden, ist vorläufig noch nicht bekannt.

Die bereits angekündigte Veröffentlichung des Communiqués über den Verlauf der Verhandlungen über die Antwort auf die deutsche Demarche vom 30. Oktober, die eigentlich schon erfolgt sein sollte, ist auf Grund einer Vereinbarung verschoben worden, weil man erst die Einladung Amerikas abwarten wollte. Wahrscheinlich wird das Communiqué aber noch heute abend der Presse übergeben werden.

## Eine Erklärung des Dr. Simons.

**Scharfe Begründung seines Vorgehens.**

**Leipzig**, 21. Dezember.

In einer Konferenz machte Reichsgerichtspräsident Dr Simons der Presse folgende Mitteilungen:

„Zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten über mein Rücktrittsgesuch habe ich folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß ich unter dem 16. d. Mts. gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrage des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genugtuung für die Vereitelung des Termins vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingekommen bin. **Es geschah, weil ich die Verantwortung dafür trage, daß nicht alsbald nach dem Eingang des Antrages Badens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der zum 1. Januar 1929 freiwerdenden Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ich als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung seiner Geschäftsordnung befugt war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benutzt hat, um die Stellen zu besetzen.**

**Ich habe die Verfügung unterlassen,** weil das Reich gegen eine solche Verwahrung eingelegt und gleichzeitig gebeten hatte, noch im Laufe dieses Monats zur Sache selbst zu entscheiden, da die Entscheidung dringlich sei und weil ich es vorzog, den schwerwiegenden Schritt der Untersagung eines Hoheitsaktes der Reichsregierung den Staatsgerichtshof selbst vorzubehalten. Obwohl bei der schwerfälligen Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die ich gebunden bin, bis dahin die Sache noch nicht entscheidungsreif gemacht werden konnte, habe ich den Termin auf den 15. 12. angesetzt und alle Beteiligten veranlaßt, auf die Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen zu verzichten. **Ohne mir davon Mitteilung zu machen, hat jedoch die Reichsregierung die Ernennung vollzogen** und mir erst nachträglich, am 14. Dezember, telegraphisch und brieflich davon Nachricht gegeben. Dadurch war meine Hoffnung, am 15. Dezember in der Gerichtsverhandlung zu einer sachlichen Verständigung zu gelangen, zuschanden geworden. Unter diesem Vorgehen und bei der Verweigerung der Abgabe von Gründen hat der Staatsgerichtshof eine **schwere Kränkung** erblickt. Und da das Vorkommnis zum Teil auch auf mein Verschulden zurückgeführt wird, habe ich meinen Rücktritt eingereicht.

## Hindenburgs Vermittlung.

**Der Reichspräsident ist der Auffassung des Reichskabinetts beigetreten. — Ein Brief an Dr. Simons.**

**Berlin**, 21. Dezember.

**Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages an den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons ein Schreiben richten, das der Beilegung des zwischen der Reichsregierung und dem Reichsgerichtspräsidenten wegen der Ernennung der Reichsbahnverwaltungsratsmitglieder ausgebrochenen Konflikts dienen soll.**

Wie verlautet, wird Hindenburg in diesem Schreiben sich den Standpunkt der Reichsregierung zu eigen machen, daß deren Ernennungen durchaus zu recht erfolgt seien und keinen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsgerichtshofes darstellen. Ferner wird der Reichspräsident darauf hinweisen, daß die zuständige Stelle für die Beschwerde das Reichskabinett sei.

Dieser Brief wird dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons durch die Reichsregierung zugleich mit der Stellungnahme des Reichskabinetts übermittelt.

Der Entscheidung war eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten vorausgegangen, die längere Zeit währte. Am Donnerstag trat außerdem auch das Reichskabinett erneut zusammen, um sich mit dem Konflikt zu befassen und die Stellungnahme festzulegen.

### Eine Entgegnung Württembergs

Das württembergische Staatsministerium hat zu dem Reichsbahnkonflikt eine Erklärung veröffentlicht, in der es gegen das Vorgehen der Reichsregierung schärfste Verwahrung einlegt. Die Erklärung betont, daß die Zuspitzung des Streites nicht durch Württemberg herbeigeführt worden sei, vielmehr habe die württembergische Staatsregierung immer eine Verständigung gesucht. Die Reichsregierung habe aber eine negative Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof eingereicht. In einer Besprechung im Juni 1928 habe der Reichskanzler jeden Vermittlungsvorschlag abgelehnt, jedoch erklärt, daß Reich jede andere Länderregierung genau so wie Preußen behandeln würde. Nun habe aber die Reichsregierung wohl Preußen einen Sitz im Verwaltungsrat eingeräumt, nicht aber den anderen Ländern. Dadurch habe sie ihre Zusicherung nicht gehalten. Die Begründung der Reichsregierung für die Vornahme der Ernennung am 14. Dezember, also vor Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wird in der württembergischen Erklärung als nicht stichhaltig bezeichnet.

## Die Ratifizierung des Kelloggpaktes

**Die Debatte im amerikanischen Senat bis nach Neujahr verschoben. — Die Vorbehalte der Republikaner.**

**Washington**, 20. Dezember.

**Die Beratung des Kelloggpakts im amerikanischen Senat ist bis nach Neujahr verschoben worden.**

Im Senat hat der Republikaner Moess einen neuen Antrag eingebracht, in dem die Einfügung folgender Vorbehalte in den Kelloggpakt verlangt wird:

**1. Die Vereinigten Staaten sind zu keinerlei Maßnahmen gegen Vertragsbrüchige verpflichtet;**

**2. die Vereinigten Staaten können zu jeder Zeit alle notwendig erscheinenden Selbstverteidigungsmaßnahmen ergreifen;**

**3. die Vereinigten Staaten übernehmen keinerlei Verpflichtungen, die sich aus irgend einem anderen Vertrag ergeben.**

Durch diesen neuen Antrag der Opposition ist der Hinweis auf die Monroe-Doktrin aufgegeben worden; allerdings ist er indirekt in Punkt 2 enthalten. Präsident Coolidge versucht alles, um auch die Annahme dieses abgemilderten Oppositionsantrages zu verhindern.

### Rücktritt Mellons gefordert.

**Schwere Auseinandersetzung im amerikanischen Senat.**

**Neuyork**, 20. Dezember.

In der Sitzung des Senats kam es zwischen den Anhängern des Kriegsächtungspaktes und den Anhängern der auf den Ausbau der 15 neuen Kreuzer bestehenden Senatoren zu schweren Auseinandersetzungen.

Senator Garner erging sich in schweren Angriffen gegen den Staatssekretär des Schatzamtes Mellon. Er forderte diesen zum Rücktritt auf, da er ein Doppelspiel getrieben und Präsident Coolidge getäuscht habe durch seine fortwährenden Behauptungen, die Finanzlage sei so gut, daß der Staat sich den Neubau von 15 Kreuzern ohne weiteres leisten könne.

## Beschlüsse des Reichsrats.

**Die Erstattung der Reichsanwaltsgebühren.**

**Berlin**, 20. Dezember.

Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung gegen den Einspruch Sachsens dem Gesetzentwurf über Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen mit Rücksicht auf die fast einstimmige Annahme durch den Reichstag zu, nahm aber dazu eine Entschließung an, worin der Reichsrat Verwahrung dagegen einlegt, daß das Reich durch dieses Gesetz den Ländern trotz ihres Widerspruchs neue erhebliche Lasten auferlege und der Ansicht Ausdruck gibt, daß das Reich auf Grund des Finanzausgleichs verpflichtet sei, den Ländern, die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Gleichfalls Annahme fand gegen den Einspruch Bayerns und trotz ernster Bedenken die Novellen zum Unfallversicherungsgesetz in der Fassung der Reichsregierung.

Zugestimmt wurde ferner der Hinausschiebung der Bestimmungen des Grunderwerbsteuergesetzes über die Steuer vom Besitz der „toten Hand", nachdem ein Regierungsvertreter die Erklärung abgegeben hatte, daß die Reichsregierung rechtzeitig die neuen Vorschläge einbringen werde.

## Weihnachtspause im Preußischen Landtag.

**Der neue Stellenplan genehmigt.**

**Berlin**, 20. Dezember.

Im Preußischen Landtag gedachte bei Eröffnung der Sitzung Präsident Bartels, während sich die Abgeordneten und die Tribünenbesucher von ihren Plätzen erhoben, des furchtbaren Brandunglücks in der Schönlein-Straße in Berlin-Neukölln, das bereits drei Tote und mehr als 30 zum Teil Schwerverletzte als Opfer gefordert habe. Der Präsident sprach den Opfern bzw. ihren Angehörigen die herzliche Teilnahme des Landtages aus und brachte zum Ausdruck, daß es notwendig sei, eine noch schärfere Kontrolle der Betriebe, die mit feuergefährlichen Stoffen arbeiten, durchzuführen.

Nachdem das Haus dann verschiedene Anträge über Hilfsmaßnahmen für die Grenzgebiete usw. in die Ausschußberatung verwiesen hatte, folgte die Beratung des Stellenplans für 1928. Der Ausschuß hat ihm zugestimmt und in einigen Entschließungen die Berücksichtigung von Wünschen akademischer Beamten an Hochschulen usw. empfohlen sowie verlangt, daß bei der Verwaltungsreform auf die Schaffung von Kreisamtsmeister-Stellen Bedacht genommen werde.

In der Debatte übten die Oppositionsparteien zum Teil scharfe Kritik an der Vorlage, während die Regierungsparteien erklärten, man habe auf die gespannte Finanzlage Rücksicht nehmen müssen. Schließlich wurde der Stellenplan mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen, während die Ausschußanträge mit größerer Mehrheit angenommen wurden.

Ein sozialdemokratischer Antrag zu der Brandkatastrophe in Berlin-Neukölln wurde ohne Aussprache an den Handelsausschuß überwiesen. Der Antrag fordert u. a. eine Vermehrung der Gewerbekontrolleure.

Das Haus nahm dann einen Antrag des Verkehrsausschusses an, der das Staatsministerium ersucht, mit allem Nachdruck gegenüber der Reichsregierung und der Reichsbahn für unbedingte Aufrechterhaltung der Reichsbahn-Ausbesserungswerke im preußischen Osten einzutreten. Nach Erledigung weiterer kleinerer Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. Wiemer schlug vor, die nächste Sitzung am 22. Januar 1929 abzuhalten. Abgeordneter Dr. Ausländer (Komm.) beantragte, bereits morgen weiter zu tagen und einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium wegen dessen Haltung in der Konkordatsfrage zu beraten. Dieser kommunistische Tagungsantrag wurde abgelehnt. Nach 14 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

### Keine ruhigen Weihnachtsferien.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch nach Schluß der Vollsitzung mit der Frage der Erledigung eines von den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrages gegen das Staatsministerium. Die preußische Verfassung schreibt vor, daß Mißtrauensanträge innerhalb von 14 Tagen nach ihrer Einbringung zur Erledigung kommen müssen. Der Aeltestenrat beschloß, den Landtag auf Freitag, den 28. Dezember, zu einer Sitzung zusammenzuberufen, in der die Besprechung des kommunistischen Mißtrauensantrages erfolgen soll. Für die Abstimmung ist eine weitere Sitzung, die am Mittwoch, den 2. Januar 1929, abends 7 Uhr stattfinden soll, in Aussicht genommen. Der Anregung, die zu Beginn der Sitzung gemacht wurde, zur Erledigung des Antrages am Donnerstag eine Sitzung abzuhalten, konnte nicht stattgegeben werden, da die Kommunisten erklärten, hierfür würde die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Frist nicht gewahrt sein.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281222-17/fragment/page=0001

# Schlichtung in Südamerika.

**Die Vermittlung der panamerikanischen Konferenz. — Amerikas Eingreifen. — Der Plan eines amerikanischen Völkerbundes.**

♂ Neuyork, 19. Dezember.

**Vorläufig hat es den Anschein, als ob die Krise zwischen Paraguay und Bolivien von der gegenwärtig tagenden panamerikanischen Konferenz auf friedlichem Wege geschlichtet werden soll. Bolivien hat an die panamerikanische Konferenz ein neues Telegramm gesandt, in dem erklärt wird, daß die Vermittlungsdienste der Schiedskonferenz unter der Voraussetzung angenommen würden, daß auch die Ursachen des Konflikts einer Untersuchung unterzogen würden.**

Die Wandlung der Dinge ist nach den letzten Nachrichten auf das Einschreiten der Vereinigten Staaten zurückzuführen. Der künftige Präsident von Amerika, Hoover, der sich bekanntlich gegenwärtig in Südamerika aufhält, hat auf die Staaten Argentinien, Chile, Peru und Brasilien einen gewissen Druck ausgeübt. Demzufolge gaben die vier Staaten bekannt, daß sie bei Fortführung der Feindseligkeiten die Blockade gegen Bolivien und Paraguay eröffnen würden. In diesem Falle wäre den beiden Staaten die gesamte Zufuhr abgeschnitten gewesen.

Wenn auch die Telegramme des Völkerbundes in Neuyork gewürdigt werden, so hebt man hier doch hervor, daß die Einstellung der Feindseligkeiten hauptsächlich auf das Eingreifen der panamerikanischen Konferenz erfolgt sei. Im Zusammenhang hiermit erörtert man den Plan, aus der panamerikanischen Konferenz einen Völkerbund zu bilden, dem alle amerikanischen Staaten angehören sollen. Dieser Völkerbund müßte dann eine Art Gegenspieler zu dem Genfer Völkerbund sein, dessen Einfluß auf Europa beschränkt bleiben soll.

## Aus dem In- und Auslande.

### Schaumburg-Lippe—Preußen.

**Bückeburg,** 21. Dezember. In der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Anschlußverhandlungen mit Preußen hat sich, wie die „Schaumburg-Lippesche Landeszeitung" berichtet, der Reichsminister des Innern bereit erklärt, die Vermittlung zu übernehmen und zur Aufnahme der Vorverhandlungen einen Beamten seines Ministeriums nach Bückeburg zu entsenden.

### Der englisch-chinesische Zolltarif-Vertrag unterzeichnet.

**London,** 20. Dezember. Nach Meldungen aus Nanking ist der englisch-chinesische Zolltarif-Vertrag unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung des Tarifvertrages läuft auf die de jure-Anerkennung Chinas durch Großbritannien hinaus. Auf die besonderen Zollbestimmungen an der chinesisch-indischen Grenze und an der Grenze von Burma soll Großbritannien in dem Vertrag verzichtet haben.

## Prinzessin Jutta klagt in Paris.

**Sie verlangt 15 Millionen Mark und stützt sich auf den Versailler Vertrag.**

⚘ Paris, 20. Dezember.

Vor dem deutsch-jugoslawischen Schiedsgericht wird seit Dienstag die Klage der ehemaligen deutschen Prinzessin Jutta von Mecklenburg-Strelitz, spätere Prinzessin Militza von Montenegro, gegen das Deutsche Reich verhandelt. Die Prinzessin erhebt einen Anspruch von 15 Millionen Mark aus dem Versailler Vertrag her, deren Auszahlung sie von der mecklenburg-strelitzschen Regierung verlangt.

Die Prinzessin ist durch Paul-Boncour vertreten. Zur Begründung der Klage führte Paul-Boncour aus, daß sich der Rechtsspruch der Prinzessin aus dem Versailler Vertrag begründe und unantastbar sei. Die Prinzessin sei nach diesem Vertrag jugoslawische Staatsangehörige und als solche müßte ihrer Forderung an das Deutsche Reich Folge gegeben werden.

Die Vertreter des Deutschen Reiches beantworteten die Ausführungen Paul-Boncours und bestritten die Berechtigung der Klage. Der Prozeß wird sich möglicherweise noch mehrere Tage hinziehen.

## Wieder Radioverbindung mit Kabul.

**Die Aufständischen fordern Rückkehr zum Islam.**

Moskau, 20. Dezember.

**Nach einer bei der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion aus Taschkent eingelaufenen Meldung ist es der dortigen Funkstation gelungen, nach zweitägiger Unterbrechung die unmittelbare Verbindung mit der Regierungs-Funkstation in Kabul wieder herzustellen. Auf Grund der ersten, noch unvollständigen Meldungen kann jedenfalls festgestellt werden, daß die Gerüchte von einer Eroberung Kabuls durch die Aufständischen den Tatsachen nicht entsprechen.**

Wie aus Teheran gemeldet wird, ist dort der Text des Aufrufes der Aufständischen in Afghanistan eingetroffen. Der Aufruf sagt, daß der König durch seine Reformen die alte Kultur des afghanischen Volkes zerstören wolle. Der Aufruf fordert die Bevölkerung auf, zum Islam zurückzukehren. Die Offiziere und Soldaten werden aufgefordert, den König zu verlassen und ihn damit von weiteren Reformen abzuhalten. Der König habe die Religionsfreiheit zerstört und die Geistlichen von der Ausübung ihrer Pflichten abgehalten. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, wird der König zur Abdankung aufgefordert.

### Die Empörung des russischen Dorfes.

**Kowno,** 20. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in der Nähe von Krasnodar die Großbauern das kommunistische Klubhaus des Dorfes Sorez verbrannt. Die Großbauern haben erklärt, die Kommunisten sollten das Dorf verlassen, weil sie zum Bürgerkrieg zwischen den reichen und den armen Bauern hetzen. Mehrere Kommunisten wurden verjagt, und nur mit Hilfe der Miliz gelang es, die Ruhe im Dorfe wieder herzustellen.

## Aus der Umgegend

Nebra, 22. Dezember.

### Goldener Sonntag.

Goldener Sonntag! Der Kraftsonntag der Geschäftsleute ist herangekommen. In den Tausenden von Schaufenstern präsentieren sich den Kaufluftigen die vielen, diesen köstlichen Dinge, die nun einmal zu einer richtigen Weihnachtsfeier gehören. Vom Christbaumschmuck bis zum Schrankgrammophon mit den Weihnachtsliederplatten, vom traditionellen Honigkuchen bis zur Weihnachtsgans ist alles vorhanden, was an und unter den Christbaum bzw. in seine nächste Nähe gehört. Und dann kommt die Riesenschau der Geschenke. Da ist alles, was ein Menschenherz nur begehren kann: Kinderspielzeug, Bücher, Kleider, Radioapparate, Fahrräder und Tausende von anderen Dingen. Ob all dieser Pracht und Herrlichkeit empfinden wir im Innern unseres Herzens wieder einmal die tiefe Bedeutung des Wortes: Wer die Wahl hat, hat die Qual.

Die Arbeit davon haben die Geschäftsleute und ihre Angestellten. Es ist nicht leicht, all die zahlreichen Wünsche zu befriedigen, all die zahlreichen Fragen zu beantworten. Dafür fließt aber auch hoffentlich goldener Segen in die Kassen. Die allgemeine Konjunktur dieser Zeit ist nicht gerade gut. Das Weihnachtsgeschäft soll noch manche Bilanz retten.

Aber auch die Kleinen im Reich des Handels wollen leben. Mit Christbäumen, Lametta, Hampelmännern, Wunderkerzen und ähnlichen Dingen handelnd, stehen sie auf dem Weihnachtsmarkt am goldenen Sonntag. Immer und immer wieder ertönen ihre Rufe. Auch sie werden hoffentlich mit dem goldenen Sonntag zufrieden sein.

Beladen mit Paketen und mit leerem Portemonnaie eilen wir am Abend des goldenen Sonntags heim, froh, nun endlich mit dem großen Einkauf zu Weihnachten zu Ende zu sein. Aber merkwürdig: etwas hat man doch immer vergessen!

— **Der goldene Sonntag** ist alljährlich die letzte Hoffnung aller Geschäftsinhaber, denn er soll den Höhepunkt des Weihnachtsgeschäfts bringen und noch einmal die Kasse füllen, damit der Geschäftsmann auch seinerseits die seinen Lieferanten eingegangenen Verpflichtungen erfüllen kann. Diesmal fällt der goldene Sonntag kalendermäßig günstig für den Weihnachtsverkehr, denn nur ein Tag liegt zwischen ihm und dem Fest, sodaß die letzten Einkäufe am Sonntag getätigt werden müßten. Die Geschäfte sind hierzu wie an Wochentagen geöffnet — mit Ausnahme der Gottesdienststunden —, auch das Wetter erfüllt alle Wünsche der Käufer und Verkäufer, sodaß mit einem vollen Erfolg des Tages gerechnet werden darf.

— **Die nächste Nummer** des Nebraer Anzeiger wird am Montagvormittag — des hl. Abends wegen — ausgetragen. Größere Anzeigen für die nächste Nummer werden bis Sonnabendabend, kleinere bis Sonntagvormittag in der Geschäftsstelle erbeten.

— **Kirchliche Nachricht.** Die Nähe des Weihnachtsfestes bringt es mit sich, daß der Vormittagsgottesdienst am morgigen Sonntag ausfällt. Dagegen aber wird nachmittags 3 Uhr im kleinen Saale des „Preußischen Hof" eine Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes abgehalten, mit der auch eine Bescherung verbunden sein soll. Diese Feier ist nicht nur für die Kinder gedacht, es werden dazu vielmehr auch Erwachsene, vor allem die Eltern recht zahlreich erwartet. — Am Montag (Christabend) findet dann um 6 Uhr abends das Weihnachtsfest durch die althergebrachte Christvesper die würdige Einleitung.

— **Die Stadt-Lichtspiele** werden am morgigen Sonntag ihre Besucher mit einem erstklassigen Programm erfreuen. Wenn auch das Weihnachtsfest ganz nahe ist, etwas Zerstreuung sucht doch dieser und jener am Sonntagabend und da ist der Kinobesuch immer noch die billigste und dabei eine vielseitige Unterhaltung.

— **Rückgabe von Orden und Ehrenzeichen.** Orden und Ehrenzeichen müssen nach dem Tode der Inhaber an den Staat, der sie den **Beliehenen** nur zu einem bestimmten Zwecke **geliehen** hat, wieder zurückgegeben werden, soweit sie nicht bestimmungsgemäß von der Rückgabe ausgeschlossen sind oder soweit sie nicht von den Besitzern schon bei Lebzeiten käuflich erworben sind bezw. von den Hinterbliebenen noch erworben werden. Auszeichnungen, die ein Verstorbener besessen hat, sind daher an die Ortspolizeibehörde abzuliefern oder zu bezahlen. Die für die einzelnen Orden zu zahlenden Preise werden auf Anfrage von der Ortspolizeibehörde mitgeteilt, daselbst kann auch ein Verzeichnis der **nicht** zur Ablieferung kommenden Orden eingesehen werden. Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, ein besonderes Augenmerk auf die zur Erledigung gekommenen Ordensauszeichnungen zu richten und die Orden nach dem vorgeschriebenen Muster an das Landratsamt abzuliefern. Die letzte Preisfestsetzung für Orden ist im Min. Bl. f. d. i. Verw. unter dem 10. 4. 1926 auf Seite 369 veröffentlich.

### Arbeitsplan des Kyffhäuser Turngaues 1929.

**Februar.** 10.: Gauturntag in Nordhausen, 24.: Heldengedenkfeier der Gausugend auf dem Kyffhäuser. **März:** 10.: Gauvorturnerinnenstunde in Nordhausen, 17.: Gauvorturnerstunde für Männer und Lehrgang im Freiringen im Gaufestort. **April:** 7.: Gauvorturnerinnenstunde in Eisleben, 21.: Schwimmlehrstunde in Nordhausen. **Mai:** 5.: Schiedsrichterlehrgang im Faustball in Sangerhausen, 9.: Weihe des Gausugendheims, 12.: Lehrgang im Volksturnen und Freiringen in Nordhausen. **Juni:** 9.: Kampfrichterprüfung im Geräte- und Volksturnen in Sangerhausen, 23.: Presstagung in Nordhausen. **Juli:** 7.: Gauturnfest. (Es findet voraussichtlich in Sondershausen statt.) **September:** 29.: Lehrstunde im Kinderturnen in Nordhausen. **Oktober:** 6.: Lehrstunde im Kinderturnen in Sangerhausen. — Das **Gauturnfest-Wettkampfprogramm** besteht aus folgenden Kampfarten: Zwölfkampf für Turner der Oberstufe, Zwölfkampf für Turner der Unterstufe, Zehnkampf der Turner für Oberstufe, Neunkampf der Aelteren, Fünfkampf der Turner, Dreikampf für Jugendturner, Vereinswettturnen, Volkstümliche Einzelkämpfe und Staffeln sowie Spiele. Für die Turnerinnen sind vorgesehen: Siebenkampf in zwei Gruppen, Fünfkampf und Dreikampf.

**Zöbiger.** Am Montag wurde die 66jährige Witwe Lina F., die hier bei ihrem verheirateten Sohn wohnte, in ihrer Stube erhängt aufgefunden. Was die Lebensmüde zu dieser Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt. Die arbeitsame Frau erfreute sich im Orte allgemeiner Wertschätzung.

**Halle,** 20. Dezember. In dem Beleidigungsprozeß gegen den Stahlhelmführer Lehrer Dennhardt in Halle wurde der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Dennhardt war bekanntlich auf Anordnung des Regierungspräsidenten Grützner in Merseburg vor einiger Zeit vom Amt suspendiert worden, weil ein Polizeibeamter eine Anzeige wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten durch Dennhardt erstattet hatte. Diese Beleidigung sollte in einer öffentlichen Versammlung des Stahlhelm erfolgt sein, die Beweisaufnahme in der heutigen Verhandlung aber ergab, daß jener Polizeibeamte die Worte Dennhardts nicht richtig verstanden hat, ja daß letzterer die ihm zur Last gelegte Aeßerung gegen den Regierungspräsidenten überhaupt nicht gemacht hat.

**Hettstedt.** Die brennende Halskette. Anläßlich einer Weihnachtsfeier der 7. Mädchenklasse der Volksschule hatte jedes Kind ein brennendes Licht vor sich stehen. Die Schülerin Margoth Figura spielte dabei mit einer Halskette, die aus Zelluloidperlen bestand. Dabei kam sie dem Licht zu nahe, die Kette fing Feuer, und das Mädchen erlitte schwere Brandwunden an Gesicht und Händen. Nur dem entschlossenen Eingreifen der Lehrerin, die die Flammen mit ihren eigenen Kleidern erstickte, ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück verhütet wurde.

**Merseburg.** Opfer der Arbeit. Auf dem Ammoniakwerk Merseburg ereignete sich ein tödlicher Unfall dadurch, daß der verheiratete Arbeiter Wilhelm Neie infolge einer Kohlengasverpuffung schwere Verbrennungen erlitt, an deren Folgen er trotz sofortiger Hilfeleistung kurz darauf verstorben ist.

**Delitzsch.** Aus dem Zug gefallen. Kurz hinter dem Berliner Bahnhof in Delitzsch sprang der 15jährige Erich Lippert aus Brodau, der im Zuge eingeschlafen war, aus dem Zuge, stürzte und wurde besinnungslos aufgefunden. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

**Mühlhausen.** Schon wieder Feuer! Noch sind die letzten großen Brände in der Umgegend von Mühlhausen trotz Aussetzung von Belohnungen und trotz eifrigster Nachforschung der Polizeiorgane nicht aufgeklärt worden, und wiederum kam es zu einem Feueralarm in einem Ort des Landkreises Mühlhausen. Diesmal war es der Ort Esselder auf dem Eichsfeld, der von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht wurde. Drei landwirtschaftliche Betriebe wurden schwer geschädigt und fast der Ernte eines ganzen Jahres beraubt. Innerhalb zehn Minuten standen die Scheunen des Landwirts Heinrich Lange, des Schmiedemeisters Adam Thor und der Witwe Gaßmann in hellen Flammen. Mit den Scheunen, die vollkommen ausbrannten, wurde der größte Teil der Stallungen des Landwirts Lange eingeäschert, während die Stallungen der Witwe Gaßmann nur zum Teil beschädigt wurden. Mit Mühe gelang es, das Vieh in Sicherheit zu bringen. Die Ursache des Brandes ist bisher noch nicht geklärt. Dies ist seit dem 12 Mai d. J. der vierzehnte Brand im Landkreis Mühlhausen.

**Gotha.** Kameraden-Geist! Die hiesige Landespolizeimannschaft hat mit Rücksicht auf das schwere Unglück, bei dem der Oberwachtmeister Großmann getötet wurde, auf die diesjährige gemeinsame Weihnachtsfeier verzichtet und hat die hierzu bestimmten Gelder der Witwe Großmann, die ihrer Niederkunft in den nächsten Tagen entgegensieht, zur Verfügung gestellt.

**Vacha.** Es ist zu kalt! Der Einbrecher Rudert, der neulich aus dem hiesigen Gefängnis entwichen war, hat sich in Landau in der Pfalz freiwillig den Behörden gestellt. Offenbar ist ihm das Winterwetter auf seiner Flucht nicht gut bekommen.

**Altenburg.** Ein rabiater Bursche. Vor dem Schwurgericht Altenburg hatte sich der 22jährige Fleischergeselle Schwager aus Hamburg wegen versuchten Totschlags zu verantworten. Der Angeklagte hatte dem Fleischermeister Kermeß in Rositz-Fichtenhainichen, von dem ihm seine Stellung gekündigt worden war, nach vorausgegangenen Streitigkeiten mit einem Fleischermesser einen Stich in die Brust versetzt, der aber an einer Rippe abprallte. Das Gericht nahm nur gefährliche Körperverletzung an und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

**Rudolstadt.** Jagdunfall. In Oberhasel bei Rudolstadt traf der Sohn des Gastwirts Kießling bei der Jagd auf Kaninchen den jugendlichen Sohn des Landwirtes Hercher aus Kirchhasel, der sich in einer Tannenschonung befand und von Kießling nicht gesehen worden war, so unglücklich, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die ganze Schrotladung ist dem jungen Hercher dicht unter dem Herzen in den Körper gedrungen.

**Wernigerode.** Der Gastod. Die 68 Jahre alte Witwe des Hausbesitzers Händler wollte auf ihrem Gaskocher Tee zubereiten. Sie drehte den Gashahn auf und suchte nach Streichhölzern. Beim Bücken erlitt sie einen Asthmaanfall, der sie zwang, sich auf einen Stuhl zu setzen. Sie konnte sich nicht gleich wieder erheben und wurde von dem ausströmenden Gas getötet. Erst 48 Stunden später wurde die Tote aufgefunden.

**Magdeburg.** Großfeuer! Auf dem Rittergut Hohenerxleben an der Bode brach in der Rübendarre ein Großfeuer aus. Die Orts- und die aus der Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren konnten die Darre nicht mehr retten; sie brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die wertvollen Maschinen, die sich in dem Darrgebäude befanden, wurden unbrauchbar gemacht. Dagegen konnten die Wehren eine danebenstehende, mit Erntevorräten gefüllte Scheune retten.

**Rostedt.** Um 6 Mark . . . Daß nicht nur hartköpfige Einzelpersonen um geringfügige Beträge vor den Richter gehen, sondern auch Gemeinden, zeigt sich in unserem Orte. Seit alten Zeiten hat die politische Gemeinde die Verpflichtung, 1,50 Mark zur Pfarrbesoldung beizutragen. Nun ist seit fast vier Jahren die Zahlung unterblieben und der Richter soll entscheiden.

**Eschwege.** Einunglücklicher Schuß. Als sich der Allendorfer Stadtförster mit dem 28 Jahre alten Waldarbeiter Heinrich Kremer auf dem Wege nach dem Asbacher Waldreviere befand, glitt der Förster auf einem Rain aus. Dabei entlud sich das Gewehr und die Kugel traf den etwa acht Schritte vor ihm gehenden Kremer. Der Schwerverletzte wurde sofort dem Landeskrankenhaus in Eschwege zugeführt.

**Dresden.** Kurze Freude. In einem hiesigen Hotel erschien ein junger Mann, der sich durch große Geldausgaben verdächtig machte. Als er gegen 3 Uhr nachmittags mit dem Schnellzug nach Berlin abfahren wollte, wurde er von Kriminalbeamten im Zuge ermittelt und angehalten. In ihm wurde ein 26 Jahre alter Bote aus Berlin festgestellt. Wie sich herausstellte, hatte er tags zuvor von seiner Firma den Auftrag erhalten, 1000 Mark Bargeld und einen Scheck über 1500 Mark bei einer dortigen Bank einzuzahlen. Mit dem Gelde fuhr er aber nach Dresden und verbrachte es. Als er festgenommen wurde, hatte er nur noch fünf Mark im Besitz.

**Freiberg.** Vorsicht mit Streichhölzern! Von dem im Fürstental gelegenen sogenannten Pfaffenwerk ist das Wohnhaus mit Kuh- und Schweinestallungen niedergebrannt. Das Feuer ist in der Nähe des Eingangs zu den Dienstbotenräumen ausgekommen und wird auf fahrlässiges Hantieren mit Streichhölzern zurückgeführt. Der Schaden ist erheblich, da auch der größte Teil der Ernteerträgnisse mit vernichtet wurde. Ein Teil des Mobilars ebenso wie der größte Teil des Viehes konnten gerettet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281222-17/fragment/page=0002

## Die Arbeitsmarktlage im Reich.

**Der Frost machte viele arbeitslos.**

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter mußten unter dem Einfluß des Frostwetters, das in der Berichtswoche (10.—15. Dezember) plötzlich einsetzte, die Außenarbeiten zum größten Teil stillgelegt werden. In manchen Bezirken hat sich dadurch das Tempo der Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegenüber der Vorwoche noch beschleunigt. In anderen Bezirken dagegen hat sich die rückläufige Bewegung etwas verlangsamt. Es fällt auf, daß in Ostpreußen und Pommern, den eigentlichen Schrittmachern der jahreszeitlichen Verschlechterung, die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger erstmals hinter denen des Vorwinters zurückbleiben, obgleich auch hier — wie im Reichsdurchschnitt — das Niveau der Arbeitslosigkeit zu Beginn der Winterperiode etwa doppelt so hoch lag als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben: Der Kräftebedarf der Landwirtschaft war sehr gering.

Die Lage im Ruhrkohlenbergbau hat sich nach beendeter Aussperrung leicht gebessert. In den anderen Bergbaubezirken hielt sich der hohe Beschäftigungsstand. Die rückläufige Bewegung in der Metallwirtschaft setzte sich fort. Auftragsmaterial und Nationalisierungsmaßnahmen sind die Ursache. Die Vermittlungstätigkeit war schwach und nur für wenige Spezialkräfte etwas günstiger.

Im Spinnstoffgewerbe hat die erneute Abschwächung fast alle Betriebsarten erfaßt. Eine Ausnahme bilden Leinen- und Buntweberei, die noch befriedigend, und die Samtindustrie, die von der Mode begünstigt, noch gut beschäftigt war; auch Kammgarnspinnerei und Kunstseidenindustrie waren in geringem Maße aufnahmefähig.

## Neue Schlichter für Westfalen und Schlesien.

**Nur noch ein Schlichterbezirk Schlesien.**

**Berlin**, 21. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Der bisherige Schlichter für Westfalen, Regierungsrat Brisch in Dortmund wird auf seinen Wunsch mit Ablauf vom 31. Dezember 1928 aus diesem Amte ausscheiden. An seiner Stelle ist Regierungsrat a. D. Dr. Brahm in Beuthen (Oberschlesien) zum hauptamtlichen Schlichter für den Schlichterbezirk Westfalen bestellt worden.

Die Schlichterbezirke Niederschlesien und Oberschlesien werden mit Wirkung vom 1. Januar 1929 zu einem Schlichterbezirk Schlesien vereinigt. Zum Schlichter für den neuen Bezirk ist Oberpräsident z. D. Philipp mit den Dienstsitzen in Breslau und Beuthen bestellt worden.

## Börse und Handel.

**Amtliche Berliner Notierungen am 20. Dezember 1928.**

◈ **Produktenbörse.** Das Geschäft an der Berliner Produktenbörse war ruhig, die Tendenz zeigt eher Befestigungen, freilich bemerkte man schon, daß das Fest herannaht: Der Besuch war wesentlich kleiner. Die Umsätze waren klein, man hat mit Recht keine Neigung, sich über die Feiertage stärker zu engagieren. Spätere Sichten fester. Das Mehlgeschäft war still. Hafer und Gerste unverändert.

**An amtlich festgesetzten Preisen wurden genannt:** Weizen 203—205, Roggen 201—203, Braugerste 218—235, Futter- und Industrie-Gerste 192—200, Hafer 191—198, Lok.-Mais 224—225, Weizenmehl 25.75—28.75, Roggenmehl 25.60—28.50, Weizenkleie 14.75—14.40, Roggenkleie 14, Weizen-Kleie-Mehl 15, Viktoriaerbsen 41—49, Kochbohnen 22—24, Ackerbohnen 21—23, Wicken 27 bis 29.50, Lupinen (blau) 14—14.50, do (gelb) 17—17.50, Seradella 35—39, Rapskuchen 19.90—20.30, Leinkuchen 25—25.20, Trockenschnitzel 12.90—13.50, Sojaschrot 21.60—22, Kartoffelflocken 18.50—19.20 Reichsmark.

◈ **Berliner Großviehmarkt.** (Amtlicher Marktbericht vom Großviehhof in Friedrichsfelde.) Auftrieb: 220 Rinder, darunter 219 Milchkühe, 1 Bulle, 81 Kälber, 342 Pferde, Verlauf: Sehr langsames Geschäft. Preise: Milchkühe und hochtragende Kühe je nach Qualität 280—550, trächtige Färsen je nach Qualität 250—460, Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere Färsen 36—43 Rm. Ausgesuchte Kosten über Notiz. — Pferdemarkt. Preise je nach Qualität 200—1200. Schlachtpferde 50 bis 200 Rm. Stilles Geschäft. (An der Weihnachtswoche fallen die Notierungen aus. Nächster Markt: 3. Januar.)

◈ **Butterpreise.** (Amtliche Notierung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten.) 1. Qualität 213, 2. Qualität 193 abfallende Sorten 186 Rm. Tendenz: Fest.

◈ **Milchpreis.** Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg setzte den Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch für die Woche vom 21. bis 28 Dezember auf 18,50 Rpf. (minus 2 Pfennig) frei Berlin fest.

## Weihnachtsgebäck.

**Delikates Weihnachtsgebäck.** Ein halbes Pfund geriebene süße Mandeln, sechs bis acht Stück bittere dazu, ein halbes Pfund Butter, drei Eier, ein halbes Pfund feinen Zucker, ein wenig Zitronenschale und ein halbes Pfund feinstes Mehl. Die Butter wird zu Schaum gerührt, die Zutaten sind nach und nach hinzufügen, zuletzt das Mehl, mit diesem wird ein zusammenhängender Teig gearbeitet und möglichst dünn in kleine Muscheln von Weißblech, die jeder Spengler arbeitet, gedrückt, und in mäßiger Hitze hellbraun gebacken. Dieses Gebäck sieht in seiner Form genau wie eine Muschel sehr appetitlich aus und schmeckt vorzüglich.

**Wasserbiskuits.** Vier Eier werden geklopft, einhalb Pfund Zucker, der in ein halbes Glas Wasser aufgekocht, wird siedend heiß gegossen unter starkem Rühren und eine Viertel Stunde lang geklopft. Etwas Zitronensaft und geweigte Schalen nebst 185 Gramm Mehl hineingerührt und auf mit Butter bestrichenem Blech im Ofen gebacken.

**Fruchtkuchen.** Eine Tasse Butter, anderthalb Tasse Zucker drei Eier, eine Zitrone, einen halben Löffel gestoßene Muskatnuß, ein halbes Pfund Rosinen, ein halbes Pfund Korinthen, ein Viertel Pfund Zitronat, ein Viertel Pfund Mandeln, eine Tasse saure Milch, drei Tassen Mehl, ein kleiner Teelöffel doppelkohlensaures Natron. Man rührte die Butter, den Zucker und die ganzen Eier eine halbe Stunde lang, füge die geriebene Zitronenschale und Saft und Muskatnuß hinzu. Nach und nach das Mehl und die saure Milch, in welches das kohlensaure Natron, welches vorher mit einem Eßlöffel voll kochenden Wassers angebrüht, gemischt wird. Zuletzt die Frucht, welche mit Mehl bestaubt sein muß. Gebacken wird eine Stunde oder länger in einem mäßig heißen Ofen. Das Gebäck muß wenigstens einen Monat vor Weihnachten gebacken werden. Je älter, je besser. Man backe in runder, mit Fett bestrichener papierausgelegter Form.

## Der neue Heimatkalender.

Kürzlich ist der neue Heimat-Kalender unseres Kreises Querfurt für das Jahr 1929 im Verlage Richard Zaeckel, Querfurt, erschienen. In der Nachkriegszeit begonnen, hat der Verlag nun zum achten Male dieses Werk unternommen. „Aelteste bewahrt mit Treue, freundlich aufgefaßtes Neue", dieses Wort aus dem Leitspruch des Kalenders ist richtunggebend für die Herausgeber gewesen. Ein Vergleich dieses jüngsten Kindes der Heimatliteratur mit seinen älteren Geschwistern zeigt den großen Fortschritt. Nach langem Suchen und Tasten ist nun die feste Form eines wirklichen Volksbuches gefunden. Als ein Buch für alle Glieder der Heimat war es eine schwere Aufgabe, jedem Bildungsgrade gerecht zu werden. Die Gefahr, dabei einseitig ins Aesthetische zu verfallen oder in's Gegenreiche der Jahrmarkts- und Anekdotenkalender, ist ganz glücklich vermieden. Der neue Kalender ist ein Buch geworden, das in Wort und Bild, in Form und Geist unserer Zeit zu aller Herzen sprechen wird, fast möchten wir sagen, wie es einmal einem Mathias Claudius zu seiner Zeit gelungen ist. Dieser Kulturhöhe nahe gekommen und dabei in lebendiger Beziehung zum Gegenwartsmenschen und seinem Ringen geblieben zu sein, halten wir für den stärksten Ausdruck des diesjährigen Kalenderwerks.

Das Buch umfaßt 122 Seiten guten Druckpapiers. Das Kalendarium mit den Daten heimatlicher Feste, Bauernregeln, Sinnsprüchen und Zeitangaben über den Lauf von Sonne und Mond geht dem Textteil voran. Und da ein großer Teil der Bevölkerung unseres Heimatkreises dem Bauernstande angehört, so durfte auch einmal der Blick in markigen Bildern rückwärts geleitet werden, wo Thomas Münzer nordwärts und westwärts unserer engeren Heimat Geschichte schrieb, durfte einmal die ganze Sagenwelt um den Kyffhäuserberg zum Klingen gebracht werden. — In jedem Kalender müssen ein paar richtige Geschichten stehen. Hier sind zwei Meister der Erzählungskunst vertreten: Max Jungnickel mit einer romantischen, kleinen Träumerei und dann die Thüringer Dichterin Marthe Renate Fischer mit einer tiefergreifenden, lebenswahren Schilderung von Leid und Lieben zweier Menschenkinder: „Die Flitterwochen". Johannes Schlaf, als Sohn der Heimat, durfte nicht fehlen. Voll ohne Raum, ein Hinweis auf ein ganz schickselhaftes Buch, Wandersprüche, der Hausgarten, Scherz und Kurzweil, Kinderheimat sind freundlich, lose aneinandergereihte Kalenderblätter, die manches Nachdenkliche sagen, auch fröhlich stimmen. Ihnen folgt nun das ganz heimatliche, Quellen und Erforschtes, Schilderungen und Sagen der allernächsten Umwelt: Der „Todaus", eine aussterbende Sitte aus Markröhlitz, von Rektor Pabst. — „Gatterstedt", von Heinrich Schütz. — „Von den Glocken zu Gatterstedt; der Knabe auf den Trümmern der Klosterkirche zu Memleben, von Rektor Schütter. — „Sankt Brun von Querfurt", ein Lied im Bänkelsängerton von Kurt Arnold Findeisen. — „Vom Gleinaer Gemeindebäcker Kaspar Roßt", von W. Roßberg. — „Der große Brand Steigras 1718", von G. Richter. — Nachrichten aus Oberfarnstedt und Leimbach: „Der Pranger"; „der Bauernstein", von K. Nennewitz. — „Querne oder Weida", von E. Ihle. — „Ein Wunderdoktor in Querfurt", von Dr. Bubbe. — „Vom Schulleben in Alt-Querfurt", von Pfarrer Ufer. — Mücheln'sche Geschichten: „Der neue Diakonus besteht die Trinkprobe nicht"; „Konrektor Springsfeld auf Kollektenreise"; „die Seeschlange in der Kühlen Quelle", vergilbten Blättern nacherzählt von Walter Harang. — „Wie wir unsern diesjährigen Kalendermaler entdeckten", — „Kaucha, die schöne Kleinstadt", von W. Meeg. — „Deutsche Eigenart am Westlettner des Naumburger Domes", von Stadtbaurat Hopfgeld. — „Arntz Semeler, ein alter Freyburger Steinbildmeister", von L. Hausius. — „Lebensfahrten eines alten Schulmeisters", von O. Hörning, Golzen. — Ein Strauß der Heimat, buntfarbig wie das Leben selbst. Folgt noch ein Verzeichnis der Messen und Märkte, ein Trächtigkeits- und Brütekalender. — Unerwähnt ließen wir bisher den Bildschmuck; man kann den Heimat-Kalender nicht zur Seite legen, ohne auch über ihn etwas Lobendes zu sagen. Hier scheint uns endlich der rechte Kalendermaler gefunden. An Stelle grober, dabei oft trockener Holzschnittkunst, ist hier die Federzeichnung getreten, deren Technik eine glückliche Wiedergabe gestattet. Das sind Bilder, wirkliche Heimatbilder, in denen sich sonntäglich herumspazieren läßt und in denen wieder ein Stück kindlich frommen Gemütslebens wach wird, dort, wo sie an das Tiefmenschliche rühren.

Wenn wir so den Kalender durchblättert haben, können wir Schriftleitung und Verlag nur dankbar sein und Mut machen, auf dem begangenen Wege weiterzuschreiten. Am Leser liegt es nun, hier am Quell der Heimat, nach rastloser Arbeit, Stille und Besinnung zu finden; dann wird uns auch das im Geleitwort gesetzte Ziel näherrücken, unter uns allen das Gemeinschaftsleben zu fördern und zur Erhaltung der Neuverwurzelung der Brüder in der Heimat beizutragen. Der Kalender kostet nur 1.— Mark und ist in der Scharfschen Buchhandlung zu haben.

## Voraussichtliches Wetter

Am 23. Dezember: Wolken, kalt, strichweis Niederschlag, Wind. Am 24.: Wolken, etwas Sonne, tags ziemlich gelinde, sonst kalt, Niederschlag. Am 25.: Wenig verändertes Wetter. Am 26.: Wolken, naßkalt, manchenorts Niederschlag. Am 27.: Wolken, gelinder, strichweis aufklärend, nachts kalt, Wind. Am 28.: Sonne, vielfach Wolken, ziemlich kalt. Am 29.: Kaum verändert.

## Kirchliche Nachrichten

**Vierter Adventssonntag**, den 23. Dezember 1928.

Der Hauptgottesdienst fällt aus, dafür als Ersatz:

**3 Uhr:** Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes **im kleinen Saal des „Preußischen Hofes".** (Unterredung mit den Kindern, Bescherung der Kinder, Gedichte und Gesänge der Kinder, Ansprache an die Erwachsenen) Die Eltern, aber auch sonstige Erwachsene sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

**Heiliger Christabend**, Montag, den 24. Dezember.

**6 Uhr: Christvesper in der Kirche.**

**Erster Weihnachtstag**, Dienstag, den 25. Dezember.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst in der Kirche.

**Zweiter Weihnachtstag**, Mittwoch, den 26. Dezember.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst in der Kirche. (Gemischter Chor).

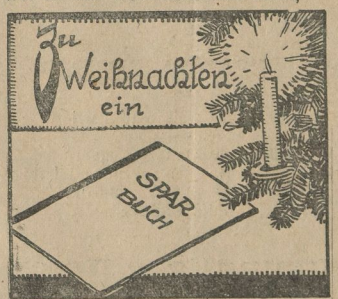
Beerdigt wurde am 16. Dezember der Arbeiter Paul Frenzel im Alter von 39 Jahren.


**Marzipan-**
Früchte, Marzipan-Brote, Marzipan-Brote mit Ananas- und Nugatfüllung
**Pralinen-Geschenkpackungen**
von 50 Pfg. an bis 5.— Mk.
**Pralinen lose**, das 1/4 Pfund von 25 Pfg. an bis 1.30
**Baumbehang** 1/4 Pfund 25 Pfg. und teurer
**Schokolade Zigarren und -Zigaretten**
von 5 Pfg. an bis 2.— Mk.
**Milch- und Milchnuß-Schokolade** von 30—80 Pfg. der 100-gr-Block bezw. die 100-gr-Tafel
**Speise- und Mandel-Schokolade**
von 30—70 Pfg. pro 100 gr
**Rotwein- und Weinbrand-Bohnen**
in gefälligen Geschenkpackungen — 1/4 Pfund=1.20 Mk.
Sämtliche Pralinen usw. sind **ganz frisch** eingetroffen. Es kommen nur Waren führender Fabriken zum Verkauf.
**Walter Scharf, Nebra a. U.**

**Häuschen-Lebkuchen** 5 Stück Inhalt 30 Pfennig, 2 Stück 50 Pfennig
**Vollmilch-Schokolade** Tafel 100 gr. 40 Pfennig
**Baumkonfekt** mit Schokolade überzogen 1/2 Pfund 60 Pfennig
**Christbaumschmuck sehr billig!!**
**Nebra HERRMANN**

**Drucksachen**
aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut
**Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben**

**Für Weihnachten**
Bitte beachten Sie meine gute Auswahl in
**praktischen Geschenken für Herren und Knaben**
Größtes Lager in
**Hüten und Mützen**
mod. Farben und Formen
Desgleichen in
Windjacken / Knabenanzügen / Arbeitskleidung
Strickkleidung / Unterkleidung / Lederhandschuhen
Gamaschen / Socken / Krawatten und Oberhemden
**Karl Horlbeck** / Schneidermstr.

Wer an das Wohl der Seinen denkt,


**schenkt!**
von der
**Stadtsparkasse Nebra a. U.**

**„Preußischer Hof", Nebra a. U.**
**Am 1. Weihnachtsfeiertag,**
Dienstag, den 25. Dez., **abends 8 Uhr** findet durch das **städtische Orchester** ein
**großes Weihnachtskonzert**
statt. Ferner kommt durch **Mitglieder des Kriegervereins** zur Aufführung:
**„Tantchens Weihnachtskiste"**
oder **Terle Meier**
Weihnachtsbild in einem Aufzug von Edmund Brum.
Es laden freundlichst ein
**F. Röniche**, städt. Musikdirektor. **Der Kriegerverein.**

**Weihnachtsnotenstücke**
und
**Weihnachtsnoten-Alben**
**Märchen- und Bilderbücher**
von 10 Pfg. an in großer Auswahl
**Baumschmuck**
**Christbaumspitzen**
25 Pfg., 30 Pfg. und teurer, Feenhaar 10 Pfg. Lametta 10 Pfg., Engelhaar 5 Pfg. Nußhalter 2 Pakete 5 Pfg., Lichthalter in verschiedenen Preislagen, Nußgold und Nußsilber, Baumkerzen usw. usw. in großer Auswahl in der
**Buchhandlung Scharf, Nebra.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281222-17/fragment/page=0003

# Friedrich Krey · Inh. Emil Krey · Nebra a. U.

Telefon No. 67 ● **Für Weihnachten** ● Telefon No. 67

Schöne Leibwäsche — Gediegene Bettwäsche — Tischwäsche — Wirtschaftswäsche

## Das Neueste in Herrenartikeln

Steppdecken — Schlafdecken — Teppiche — Brücken — Vorleger

## Jn Damenmänteln noch grosse Auswahl

**zu bedeutend ermäßigten Preisen**

**Bleyle-Anzüge -Westen -Pullover**

**Größte Auswahl** **Billige Preise**


### Bekanntmachung.

Am 1. Oktober d. Js. ist das Gesetz über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 (R. G. Bl. I. S. 143) in Kraft getreten. Hiernach verlieren die auf Grund der bisherigen Vorschriften ausgestellten Waffenscheine ihre Gültigkeit.

Personen, die im Besitze eines Waffenscheines sind und die Berechtigung zum Führen einer Waffe auch über den 31. März 1929 hinaus behalten wollen, müssen bis zu diesem Zeitpunkt ihren Waffenschein erneuern lassen. Die alten Waffenscheine sind hierbei abzuliefern. Die Anträge auf Ausstellung eines neuen Waffenscheines sind eingehend zu begründen und unter Beifügung eines Lichtbildes des Antragstellers an die Polizeiverwaltung einzureichen.

Nebra, den 18. Dezember 1928

**Die Polizei-Verwaltung.**

### Bekanntmachung.

**Betr. Beiträge für die Landw. Berufsgenossenschaft.**

Das Betriebsunternehmer-Verzeichnis der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen mit der Berechnung der Beitragsvorschüsse für das Jahr 1929 und der endgültigen Umlageerhebung für das Jahr 1927 liegt vom 21. Dezember d. Js. bis 4. Januar 1929 zur Einsicht der Beteiligten im Rathause, Zimmer Nr. 3 aus.

Einsprüche gegen die Berechnung der Beitragsvorschüsse können innerhalb 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist beim Kreisausschuß in Querfurt angebracht werden.

Die Verpflichtung zur fristmäßigen Zahlung der ausgeschriebenen Beitragsvorschüsse wird durch den Einspruch nicht berührt.

Nebra, den 20. Dezember 1928 **Der Magistrat.**

### Bekanntmachung.

Am Weihnachtsfest ist das Standesamt für **dringende** Angelegenheiten am 2. Weihnachtsfeiertag, den 26. Dezember d. Js. von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Nebra, den 21. Dezember 1928.

**Das Standesamt.**


**Zigarren Zigaretten Tabak**

in großer Auswahl

Reizende Geschenkpackungen — ohne Aufschlag

Walter Scharf, Nebra

**Für den Heiligabend**

empfehle:

**Salzheringe** (sehr fein u. zart)
**Marinierte Heringe**
**Bratheringe**
**Sardinen**
**Rollmops**

**Fettbücklinge**
**Kieler Sprotten**
**Saure Gurken**
**Heringssalat** (1/4 Pfd. 25 ₰)
**Fleischsalat** (1/4 Pfd. 35 ₰)

**Wwe. Meltz.**

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

Sonntag, den 23. Dezember, abends 8 1/4 Uhr:

**Kammermusik**

— mit Henny Porten —

Ferner:

**„Einfach — Puppe!"**

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

**Spazierstöcke • Tabakpfeifen**
**Zigarettenetuis**
**Zigarren- u. Zigarettenspitzen**

kaufen Sie vorteilhaft bei

**Walter Scharf, Nebra**

**VITZENBURG**

Zum

**Weihnachtsfeste**

bitten um gütigen Zuspruch

**Otto Wirthmann und Frau.**

Am 2. Weihnachtsfeiertag

**Ballmusik ●**

**Voranzeige**

Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags und abends

**Einweihungs-Feier**

des neuzeitlich umgebauten

**Gasthofs „Zur Sorge".**

**Funkheinzelmann's Harz-Märchen ●**

Ein Buch von Freude und Sonne für Groß und Klein!

Von **Hans Bodenstedt** — Nur **2 Mk.** bei

**Nebra a. U.** **Walter Scharf.**

**Turnverein Nebra (D. T.)**

Am 3. Weihnachtsfeiertag, Donnerstag, den 27. Dez. findet unser

**Weihnachtsvergnügen**

bestehend aus **Theater und Ball** im „Schützenhause" statt.

Zur Aufführung kommt der überaus lustige Schwank

**„Der kühne Schwimmer"**

in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

Nachdem: **Ball.**

Kassenöffnung 7 Uhr Anfang 8 Uhr

Eintrittspreise: Numerierter Platz 1 Mk., unnumeriert 60 Pfg.

Eintrittskarten im Vorverkauf sind beim Vorsitzenden, Kaufmann Meitz, zu haben.

Die gesamte Einwohnerschaft von Nebra und Umgebung laden wir hierzu freundlichst ein **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Nebra**

Zu unserem **am 2. Weihnachtsfeiertag** im **„Preussischen Hof"** stattfindenden

**Theater mit anschliessendem Ball**

ladet alle Freunde und Gönner herzlichst ein **Der Vorstand.**

**Kassenöffnung 7 Uhr.** **Anfang 8 Uhr.**

**Spirituosen aller Art**

wie:

**Rum, Arrak, Punsch, Weinbrand, Alten Korn, Branntwein u. div. Liköre in Flaschen und ausgemessen**

empfiehlt **Ww. Meitz.**

## Noch ist es Zeit, Ihre Weihnachtseinkäufe bei mir zu decken!

**Zu niedrigsten Preisen empfehle ich Ihnen:**

Damenkleider / Backfischkleider
Kinderkleider
Blusen / Kostümröcke / Plisseeröcke
Prinzeßröcke, weiß und farbig
Damenschürzen / Kinderschürzen
Schlafdecken
Seidene Tischdecken mit Fransen

Inletts
Bettbezüge, weiß und karriert
— fertig genäht —
Bettücher mit Hohlsaum
Bettücher in Barchent, weiß und farbig
Handtücher / Wischtücher
Kaffeegedecke

Oberhemden, weiß und farbig
Barchentröcke
Schlüpfer
Damen- und Kinderhemden
— aller Größen —
Strümpfe / Taschentücher
usw. usw.

**Bitte um freundliche Unterstützung**

**ALFRED FLADE • NEBRA a. U.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281222-17/fragment/page=0004

# Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 151 — Sonnabend, den 22. Dezember 1928 — 41. Jahrgang


## Einigung über die Sachverständigen.

**Die technische Vorbereitung abgeschlossen. — Statt einer Note Mitteilungen an die Presse. — Die Einladung Amerikas.**

**Berlin**, 20. Dezember.

**Wie nun auch hier in unterrichteten Kreisen verlautet, scheint der Meinungsaustausch über die technische Vorbereitung der Sachverständigenkonferenz nunmehr endgültig abgeschlossen zu sein. Die Meldung des „Matin", daß die beteiligten Regierungen auf eine Antwort an Deutschland verzichten würden und daß man sich damit begnügen würde, in einigen Tagen der Presse eine Schilderung des Sachverhalts zu geben, dürfte im allgemeinen richtig sein.**

Die Aufforderung an die Vereinigten Staaten soll, wie weiter verlautet, sich wahrscheinlich in der Weise vollziehen, daß der englische Botschafter in Washington als Doyen der diplomatischen Vertreter der sechs beteiligten Mächte, nicht als Vertreter Englands, Schritte für die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen tun wird.

Ueber die nach siebentägigem Hin und Her zustande gekommene Einigung verlautet aus informierten Kreisen: Die Sachverständigen werden **unabhängig und gleichberechtigt** sein. Jede beteiligte Regierung ernennt zwei Sachverständige. Während es den übrigen Regierungen überlassen bleibt, ob sie ihre Sachverständigen durch die **Reparationskommission** ernennen lassen, nimmt die Reichsregierung die Ernennung selbst vor. Der Reparationskommission wird auf jeden Fall schriftlich von den Ernennungen Mitteilung gemacht. Deutschland und die übrigen Staaten werden gemeinsam **Amerika** um Entsendung von zwei Sachverständigen ersuchen. Bestimmte Weisungen dürfen den Sachverständigen nicht von ihren Regierungen mitgegeben werden. Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung von Vorschlägen für die endgültige Regelung des Reparationsproblems, wobei die **Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit** als Selbstverständlichkeit hingestellt wird. Die Einladung der Konferenz nehmen die beteiligten Regierungen gemeinsam vor, jedoch bleiben Ort und Zeit der Tagung der Entscheidung der Sachverständigen selbst überlassen.

## Die Einladung an Amerika.

**Veröffentlichung des Reparations-Communiqués verschoben.**

**Berlin**, 21. Dezember.

**Wie verlautet, wird im Laufe des heutigen Tages der Doyen des diplomatischen Korps in Washington, der englische Botschafter, im Namen der Reichsregierung und der fünf Reparationsmächte der amerikanischen Regierung die Einladung zur Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz für die Reparationsfrage überreichen.**

Nach Meldungen aus Washington ist die dortige Regierung schon auf die Einladung vorbereitet, so daß die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen in Kürze erfolgen wird. Wie und mit welchen Befugnissen die Vereinigten Staaten aber in der Sachverständigenkonferenz mitarbeiten werden, ist vorläufig noch nicht bekannt.

Die bereits angekündigte Veröffentlichung des Communiqués über den Verlauf der Verhandlungen über die Antwort auf die deutsche Demarche vom 30. Oktober, die eigentlich schon erfolgt sein sollte, ist auf Grund einer Vereinbarung verschoben worden, weil man erst die Einladung Amerikas abwarten wollte. Wahrscheinlich wird das Communiqué aber noch heute abend der Presse übergeben werden.

## Eine Erklärung des Dr. Simons.

**Scharfe Begründung seines Vorgehens.**

**Leipzig**, 21. Dezember.

In einer Konferenz machte Reichsgerichtspräsident Dr Simons der Presse folgende Mitteilungen:

„Zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten über mein Rücktrittsgesuch habe ich folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß ich unter dem 16. d. Mts. gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrage des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genugtuung für die Vereitelung des Termins vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingekommen bin. **Es geschah, weil ich die Verantwortung dafür trage, daß nicht alsbald nach dem Eingang des Antrages Badens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der zum 1. Januar 1929 freiwerdenden Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ich als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung seiner Geschäftsordnung befugt war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benutzt hat, um die Stellen zu besetzen.**

**Ich habe die Verfügung unterlassen,** weil das Reich gegen eine solche Verwahrung eingelegt und gleichzeitig gebeten hatte, noch im Laufe dieses Monats zur Sache selbst zu entscheiden, da die Entscheidung dringlich sei und weil ich es vorzog, den schwerwiegenden Schritt der Untersagung eines Hoheitsaktes der Reichsregierung den Staatsgerichtshof selbst vorzubehalten. Obwohl bei der schwerfälligen Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die ich gebunden bin, bis dahin die Sache noch nicht entscheidungsreif gemacht werden konnte, habe ich den Termin auf den 15. 12. angesetzt und alle Beteiligten veranlaßt, auf die Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen zu verzichten. **Ohne mir davon Mitteilung zu machen, hat jedoch die Reichsregierung die Ernennung vollzogen** und brieflich davon Nachricht gegeben. Dadurch war meine Hoffnung, am 15. Dezember in der Gerichtsverhandlung zu einer sachlichen Verständigung zu gelangen, zuschanden geworden. Unter diesem Vorgehen und bei der Verweigerung der Abgabe von Gründen hat der Staatsgerichtshof eine **schwere Kränkung** erblickt. Und da das Vorkommnis zum Teil auch auf mein Verschulden zurückgeführt wird, habe ich meinen Rücktritt eingereicht.

## Hindenburgs Vermittlung.

**Der Reichspräsident ist der Auffassung des Reichskabinetts beigetreten. — Ein Brief an Dr. Simons.**

**Berlin**, 21. Dezember.

**Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages an den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons ein Schreiben richten, das der Beilegung des zwischen der Reichsregierung und dem Reichsgerichtspräsidenten wegen der Ernennung der Reichsbahnverwaltungsratsmitglieder ausgebrochenen Konflikts dienen soll.**

Wie verlautet, wird Hindenburg in diesem Schreiben sich den Standpunkt der Reichsregierung zu eigen machen, daß deren Ernennungen durchaus zu recht erfolgt seien und keinen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsgerichtshofes darstellen. Ferner wird der Reichspräsident darauf hinweisen, daß die zuständige Stelle für die Beschwerde das Reichskabinett sei.

Dieser Brief wird dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons durch die Reichsregierung zugleich mit der Stellungnahme des Reichskabinetts übermittelt.

Der Entscheidung war eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten vorausgegangen, die längere Zeit währte. Am Donnerstag trat außerdem auch das Reichskabinett erneut zusammen, um sich mit dem Konflikt zu befassen und die Stellungnahme festzulegen.

### Eine Entgegnung Württembergs

Das württembergische Staatsministerium hat zu dem Reichsbahnkonflikt eine Erklärung veröffentlicht, in der es gegen das Vorgehen der Reichsregierung schärfste Verwahrung einlegt. Die Erklärung betont, daß die Zuspitzung des Streites nicht durch Württemberg herbeigeführt worden sei, vielmehr habe die württembergische Staatsregierung immer eine Verständigung gesucht. Die Reichsregierung habe aber eine negative Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof eingereicht. In einer Besprechung im Juni 1928 habe der Reichskanzler jeden Vermittlungsvorschlag abgelehnt, jedoch erklärt, daß daß Reich jede andere Länderregierung genau so wie Preußen behandeln würde. Nun habe aber die Reichsregierung wohl Preußen einen Sitz im Verwaltungsrat eingeräumt, nicht aber den anderen Ländern. Dadurch habe sie ihre Zusicherung nicht gehalten. Die Begründung der Reichsregierung für die Vornahme der Ernennung am 14. Dezember, also vor Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wird in der württembergischen Erklärung als nicht stichhaltig bezeichnet.

## Die Ratifizierung des Kelloggpaktes

**bis nach Neujahr**

**Republikaner.**

**t**, 20. Dezember.

**erikanischen Senat**

es einen neuen

ng folgender Vor-

d:

**nerlei Maßnahmen**

**eder Zeit alle not-**

**nahmen ergreifen;**

**keinerlei Verpflich-**

**ertrag ergeben.**

Opposition ist der

aufgegeben wor-

enthalten. Prä-

uch die Annahme

s zu verhindern.

**rdert.**

**anischen Senat.**

**t**, 20. Dezember.

zwischen den An-

es und den An-

euen Kreuzer

einandersetzungen.

Angriffen gegen

llog. Er forderte diesen zum Rücktritt auf, da er ein Doppelspiel getrieben und Präsident Coolidge getäuscht habe durch seine fortwährenden Behauptungen, die Finanzlage sei so gut, daß der Staat sich den Neubau von 15 Kreuzern ohne weiteres leisten könne.

## Beschlüsse des Reichsrats.

**Die Erstattung der Reichsanwaltsgebühren.**

**Berlin**, 20. Dezember.

Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung gegen den Einspruch Sachsens dem Gesetzentwurf über Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen mit Rücksicht auf die fast einstimmige Annahme durch den Reichstag zu, nahm aber dazu eine Entschließung an, worin der Reichsrat Verwahrung dagegen einlegt, daß das Reich durch dieses Gesetz den Ländern trotz ihres Widerspruchs neue erhebliche Lasten auferlege und der Ansicht Ausdruck gibt, daß das Reich auf Grund des Finanzausgleichs verpflichtet sei, den Ländern, die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Gleichfalls Annahme fand gegen den Einspruch Bayerns und trotz ernster Bedenken die Novellen zum Unfallversicherungsgesetz in der Fassung der Reichsregierung.

Zugestimmt wurde ferner der Hinausschiebung der Bestimmungen des Grunderwerbssteuergesetzes über die Steuer vom Besitz der „toten Hand", nachdem ein Regierungsvertreter die Erklärung abgegeben hatte, daß die Reichsregierung rechtzeitig die neuen Vorschläge einbringen werde.

## Weihnachtspause im Preußischen Landtag.

**Der neue Stellenplan genehmigt.**

**Berlin**, 20. Dezember.

Im Preußischen Landtag gedachte bei Eröffnung der Sitzung Präsident Bartels, während sich die Abgeordneten und die Tribünenbesucher von ihren Plätzen erhoben, des furchtbaren Brandunglücks in der Schönleinstraße in Berlin-Neukölln, das bereits drei Tote und mehr als 30 zum Teil Schwerverletzte als Opfer gefordert habe. Der Präsident sprach den Opfern bzw. ihren Angehörigen die herzliche Teilnahme des Landtages aus und brachte zum Ausdruck, daß es notwendig sei, eine noch schärfere Kontrolle der Betriebe, die mit feuergefährlichen Stoffen arbeiten, durchzuführen.

Nachdem das Haus dann verschiedene Anträge über Hilfsmaßnahmen für die Grenzgebiete usw. in die Ausschußberatung verwiesen hatte, folgte die Beratung des Stellenplans für 1928. Der Ausschuß hat ihm zugestimmt und in einigen Entschließungen die Berücksichtigung von Wünschen akademischer Beamten an Hochschulen usw. empfohlen sowie verlangt, daß bei der Verwaltungsreform auf die Schaffung von Kreisamtsmeister-Stellen Bedacht genommen werde.

In der Debatte übten die Oppositionsparteien zum Teil scharfe Kritik an der Vorlage, während die Regierungsparteien erklärten, man habe auf die gespannte Finanzlage Rücksicht nehmen müssen. Schließlich wurde der Stellenplan mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen, während die Ausschußanträge mit größerer Mehrheit angenommen wurden.

Ein sozialdemokratischer Antrag zu der Brandkatastrophe in Berlin-Neukölln wurde ohne Aussprache an den Handelsausschuß überwiesen. Der Antrag fordert u. a. eine Vermehrung der Gewerbekontrolleure.

Das Haus nahm dann einen Antrag des Verkehrsausschusses an, der das Staatsministerium ersucht, mit allem Nachdruck gegenüber der Reichsregierung und der Reichsbahn für unbedingte Aufrechterhaltung der Reichsbahn-Ausbesserungswerke im preußischen Osten einzutreten. Nach Erledigung weiterer kleinerer Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. Wiemer schlug vor, die nächste Sitzung am 22. Januar 1929 abzuhalten. Abgeordneter Dr. Ausländer (Komm.) beantragte, bereits morgen weiter zu tagen und einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium wegen dessen Haltung in der Konkordatsfrage zu beraten. Dieser kommunistische Tagungsantrag wurde abgelehnt. Nach 14 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

### Keine ruhigen Weihnachtsferien.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch nach Schluß der Vollsitzung mit der Frage der Erledigung eines von den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrages gegen das Staatsministerium. Die preußische Verfassung schreibt vor, daß Mißtrauensanträge innerhalb von 14 Tagen nach ihrer Einbringung zur Erledigung kommen müssen. Der Aeltestenrat beschloß, den Landtag auf Freitag, den 28. Dezember, zu einer Sitzung zusammenzuberufen, in der die Besprechung des kommunistischen Mißtrauensantrages erfolgen soll. Für die Abstimmung ist eine weitere Sitzung, die am Mittwoch, den 2. Januar 1929, abends 7 Uhr stattfinden soll, in Aussicht genommen. Der Anregung, die zu Beginn der Sitzung gemacht wurde, zur Erledigung des Antrages am Donnerstag eine Sitzung abzuhalten, konnte nicht stattgegeben werden, da die Kommunisten erklärten, hierfür würde die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Frist nicht gewahrt sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281222-17/fragment/page=0005